

Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Ausschuss Ordnungspolitik und Grundsatzfragen | München, 4. August 2023
Wirtschaft und Politik im Dialog

Transformative Industriepolitik

Prof. Dr. Stefan Kooths

Forschungszentrum Konjunktur und Wachstum



Green Deal Industrial Plan for the Net-Zero Age



Brussels, 1.2.2023
COM(2023) 62 final

**COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN
PARLIAMENT, THE EUROPEAN COUNCIL, THE COUNCIL, THE EUROPEAN
ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE
REGIONS**

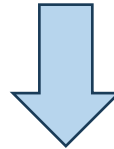
A Green Deal Industrial Plan for the Net-Zero Age

1. Problemkern

Die Besonderheit der Dekarbonisierungspolitik liegt in der **globalen Koordination**, nicht in der **ökonomischen Umsetzung**.

2. Erneuerbare Energien: Keine Selbstläufer

Wäre der Verzicht auf fossile Brennstoffe auch unabhängig von technologischen externen Effekten ökonomisch vorteilhaft, bedürfte es keiner wirtschaftspolitischen Intervention.



Vorziehen der Dekarbonisierung

3. Wirtschaftspolitische Alternativen

In der Dekarbonisierungspolitik stehen im Wesentlichen zwei Herangehensweisen zur Wahl.

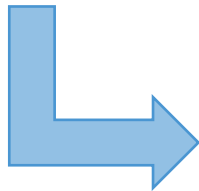


4. Eingriffsintensität

Der Interventionsgrad und die Wissensproblematik des industriepolitischen Ansatzes sind ungleich höher als ein preisbasierter Ansatz zur Dekarbonisierung.

4. Eingriffsintensität

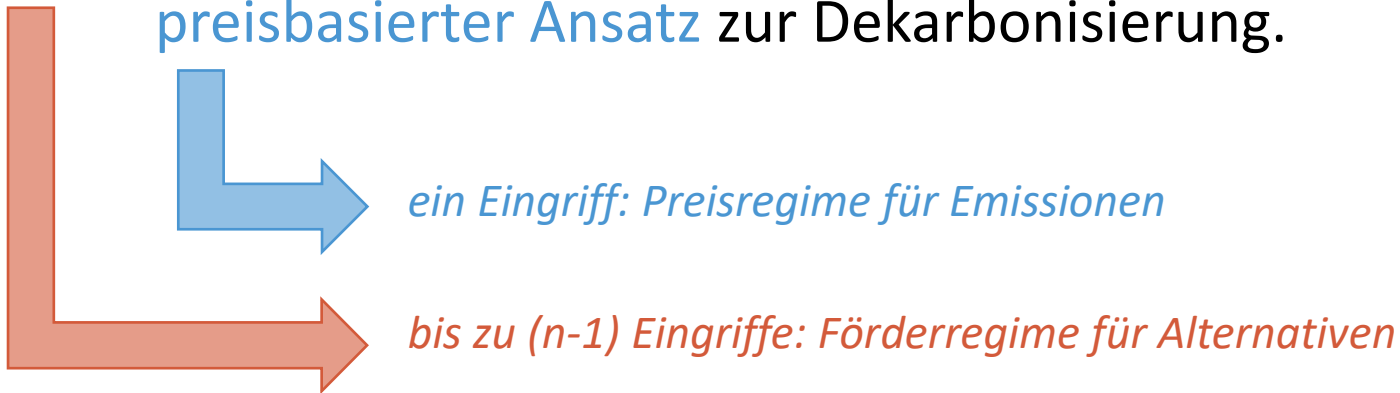
Der Interventionsgrad und die Wissensproblematik des industriepolitischen Ansatzes sind ungleich höher als ein preisbasierter Ansatz zur Dekarbonisierung.



ein Eingriff: Preisregime für Emissionen

4. Eingriffsintensität

Der Interventionsgrad und die Wissensproblematik des **industriepolitischen Ansatzes** sind ungleich höher als ein **preisbasierter Ansatz** zur Dekarbonisierung.



n = Anzahl ökonomischer Aktivitätsbereiche

5. Globale Koordination

Transformative Industriepolitik ist kein Ersatz für eine globale Koordination der Emissionspfade, sondern erschwert diese eher.

6. Systemische (= gesamtwirtschaftliche) Sicht

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsraums lässt sich über Subventionen nicht insgesamt verbessern.

7. Systemwettbewerb

Die Wirtschaftspolitik muss in sich stimmig sein und sollte nicht nur auf Interventionen in der übrigen Welt reagieren.

8. Rahmenbedingungen vs. Strukturvorgaben

Wirtschaftsstrukturen sollten den Standortbedingungen folgen, nicht umgekehrt.

9. Wettbewerb im EU-Binnenmarkt

Mit dem GDIP geht ein Kurswechsel in der Binnenmarktpolitik einher, der auch fiskalisch negativ ausstrahlen könnte.

10. Tinbergen-Regel

Unabhängige Ziele sollten für sich stehen
und nicht miteinander vermengt werden.

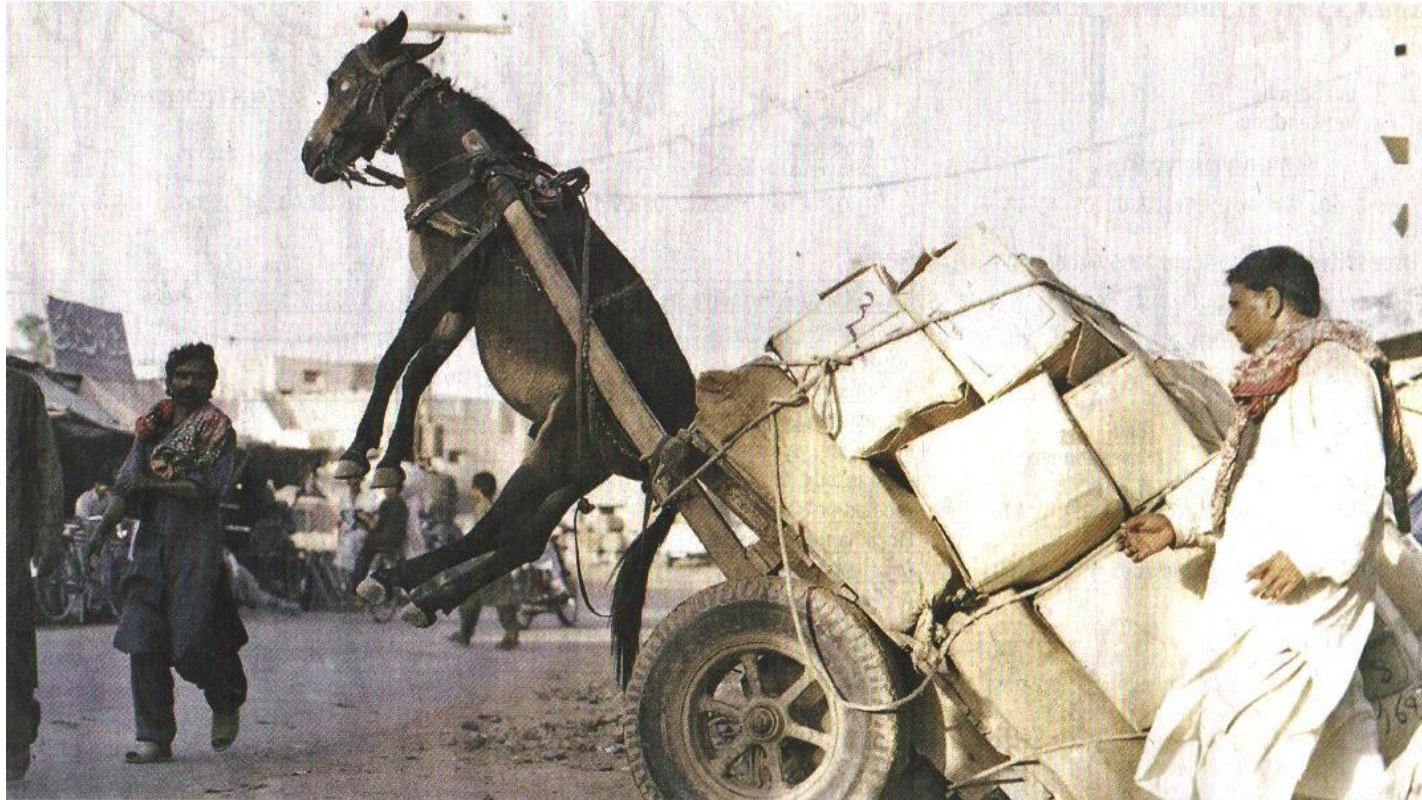
EU Taxonomy: Mission Impossible

Stefan Kooths 

From the journal *The Economists' Voice*
<https://doi.org/10.1515/ev-2022-0028>



„Grüne“ Geldpolitik



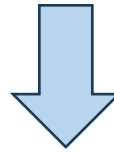
Quelle: FAZ, 26t. Oktober 2011, S. 11

Dekarbonisierung: Mehrfache Dividenden?

- Investitionen \Rightarrow Wachstumsschub
- Dekarbonisierungskraftakt \Rightarrow Energie im Überfluss
- Technologieführerschaft \Rightarrow Pioniergewinne

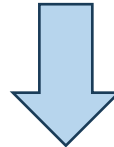
Illusionen (oder kein Koordinationsproblem)

Massiver Investitionsbedarf



Umbau, kein Aufbau von Kapazitäten
(Belastung des Produktionspotenzials,
Vergleich mit „Wirtschaftswunder“-Jahren abwegig)

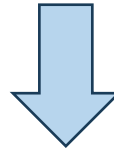
„Wind und Sonne schicken keine Rechnung.“



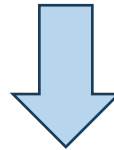
Geringe variable Kosten, aber hohe Kapital-/Systemkosten

(fossile Dominanz kein Zufall,
Dekarbonisierung kein Selbstläufer,
Gefahr von Dauersubventionen)

CO₂: Globale Kollektivgutproblematik



Dekarbonisierungstechnologie weltweit möglichst schnell skalieren (Wissensteilung)

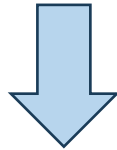


Keine Premiumpreise = keine Pioniergewinne

Transformative „Angebotspolitik“?

Angebotspolitik

Allgemeine
Standortbedingungen



Endogene
Wirtschaftsstruktur

Industriepolitik

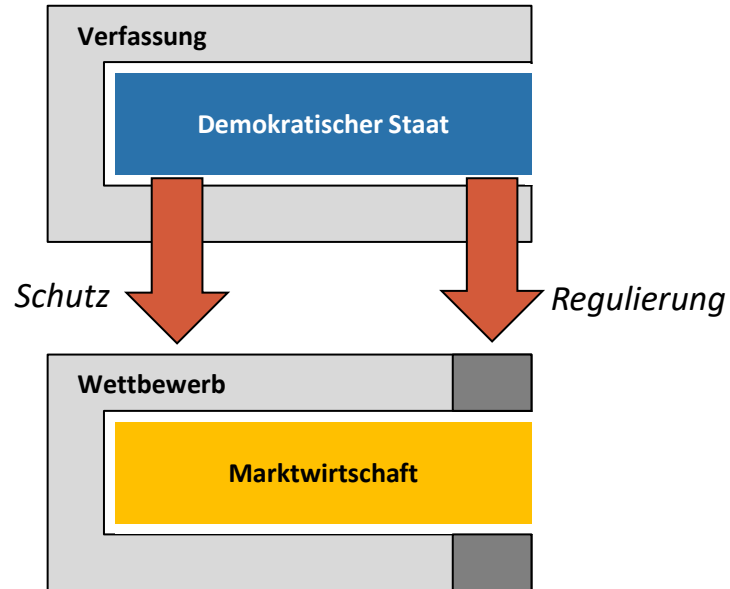
Strukturziele
(Güter, Technologie)



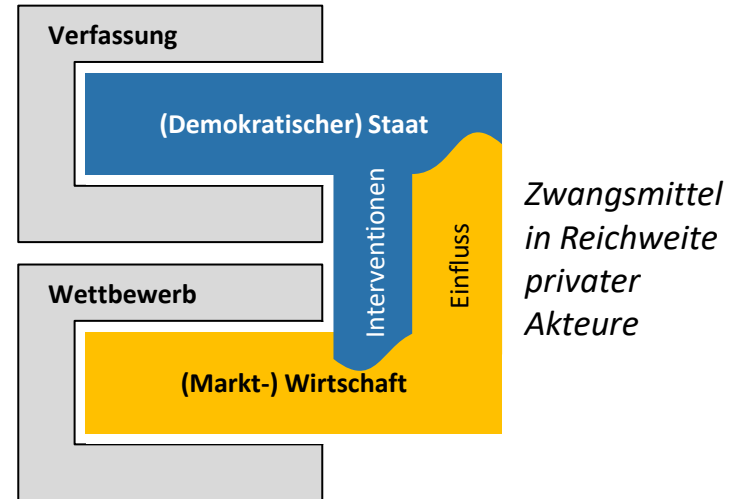
Spezielle
Standortbedingungen

Ordnungspolitik vs. Interventionismus

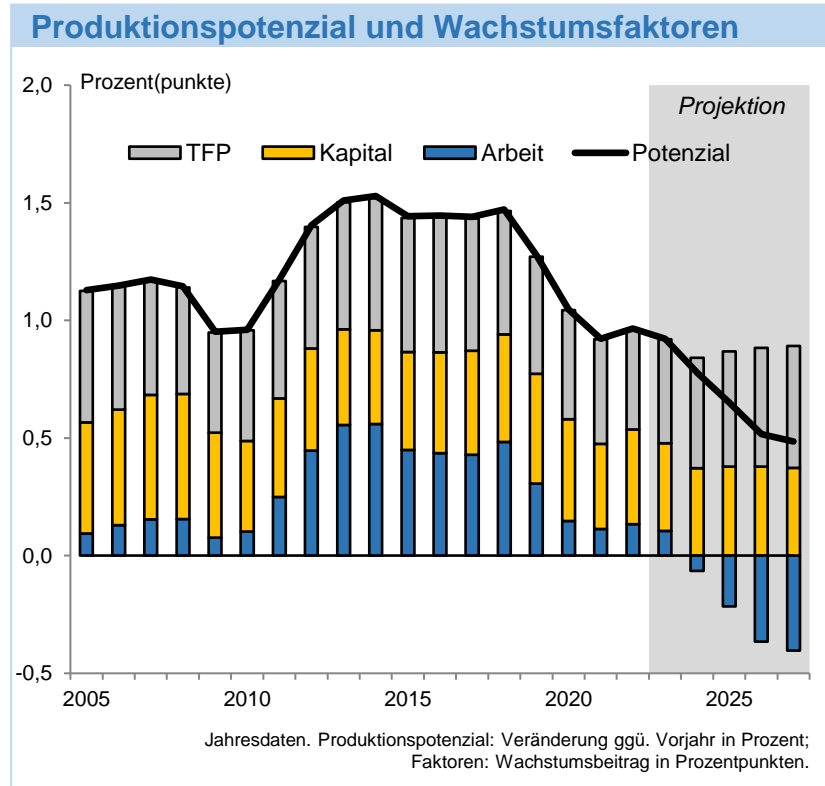
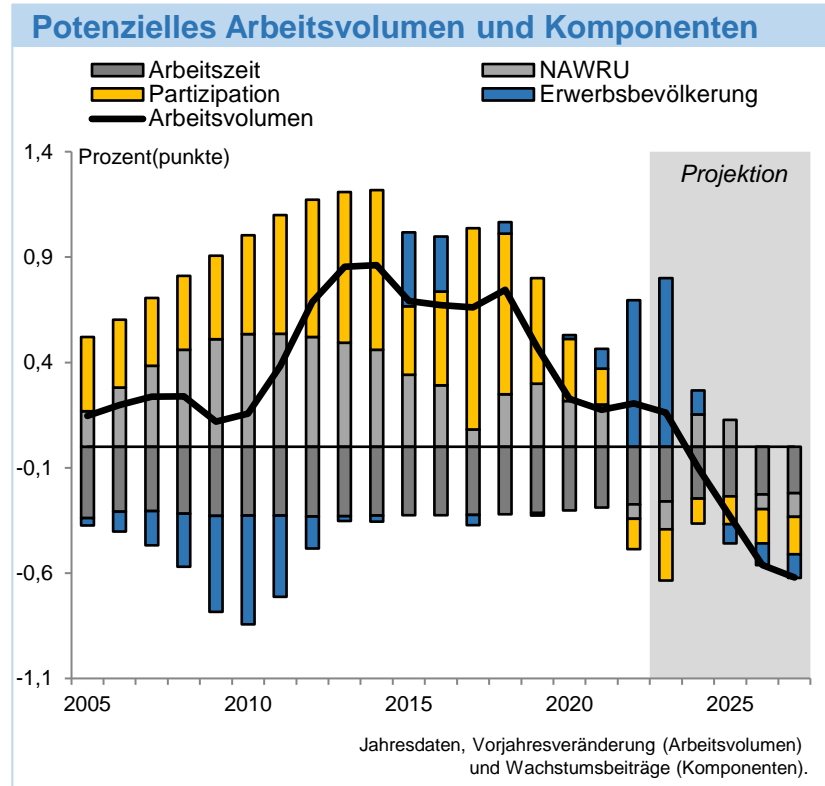
Ordnungspolitik



Interventionismus



Wachstumsschwäche voraus

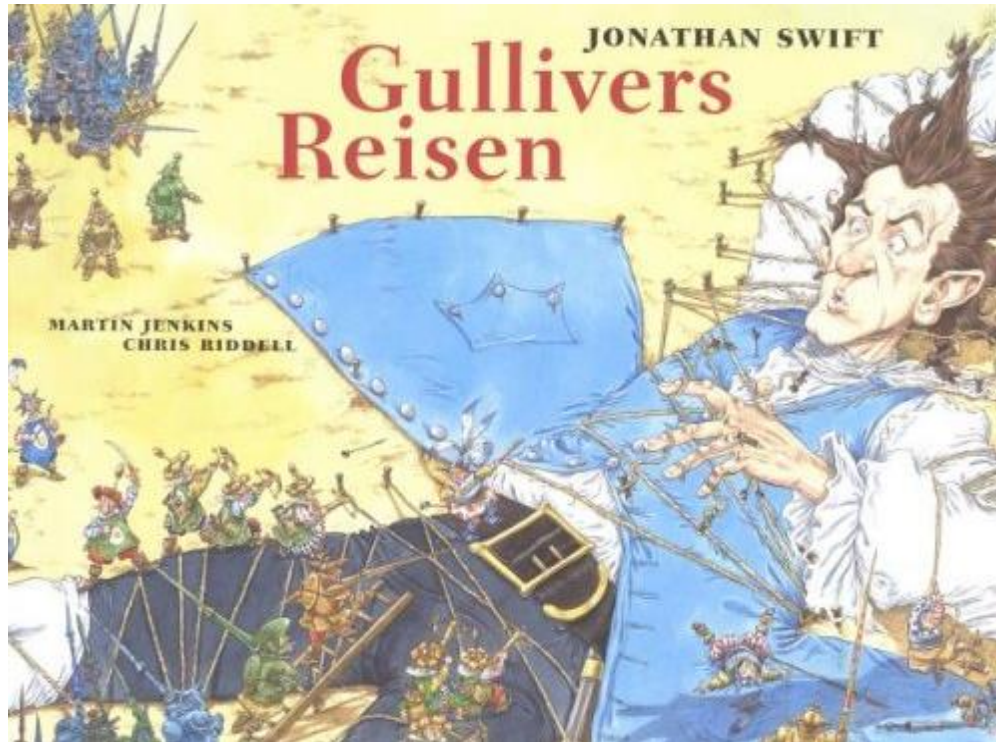




**Schaffen, was
Arbeit macht.**

⇒ Keine Beschäftigungsprogramme, sondern Produktivitätsreserven heben

Standortproblem: Gulliver-Syndrom



- Mindestlöhne
- Entgelttransparenz
- Brückenteilzeit
- SV-Vorauszahlung
- Nachunternehmerhaftung
- Mietpreisbremse/-deckel
- Arbeitszeiterfassung
- Vergesellschaftung?
- Abgabenlast
- ...

Handelsbarrieren abbauen

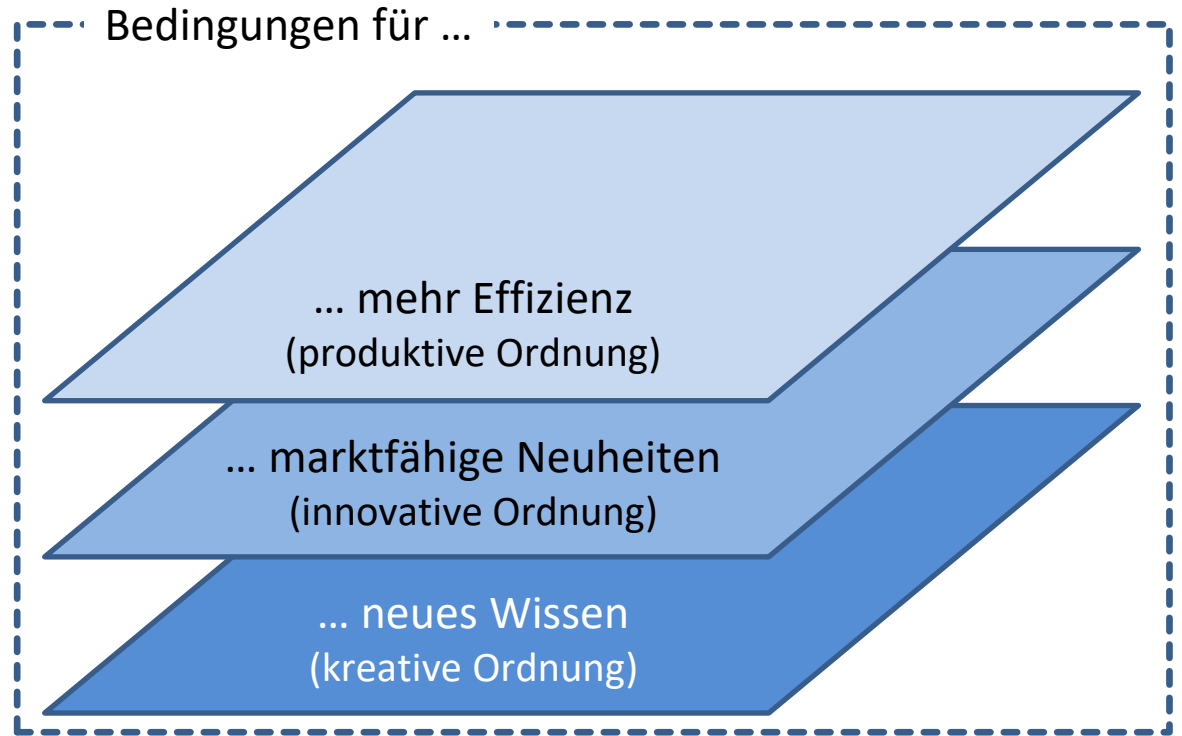
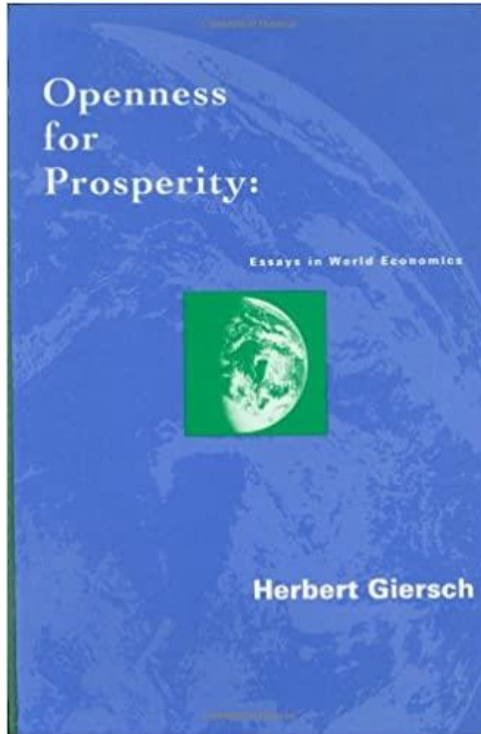
Kanada, USA, Mercosur, ...
Unilaterale Marktöffnung

Wachstumskräfte reflektieren

Lieferkettengesetze

EU-Taxonomie

Progressive Ordnung (Herbert Giersch 1993)





Eine Industriepolitik, die sich auf die Unterstützung ganz bestimmter Wirtschaftsaktivitäten konzentriert, wird dazu neigen, das zu begünstigen, was schon da ist und was man kennt. [...] Industriepolitik, wie sie in Europa oder auch in Japan verstanden wird, scheint mir eher zu Aufholländern und Nachzüglern zu passen, nicht zu Ländern, die den Ehrgeiz haben, im Innovationswettlauf an der Spitze zu liegen.

Herbert Giersch
Die progressive Ordnung (1993)



Zuviel Gerede über Industriepolitik lässt die Privatwirtschaft zurückhaltend werden und kann sie nur veranlassen, ihre Lobbytätigkeit für zusätzliche Subventionen zu intensivieren.

Herbert Giersch
Die progressive Ordnung (1993)

Diskussion



Prof. Dr. Stefan Kooths

Direktor

Forschungszentrum Konjunktur und Wachstum

T +49 431 8814-579

M stefan.kooths@ifw-kiel.de

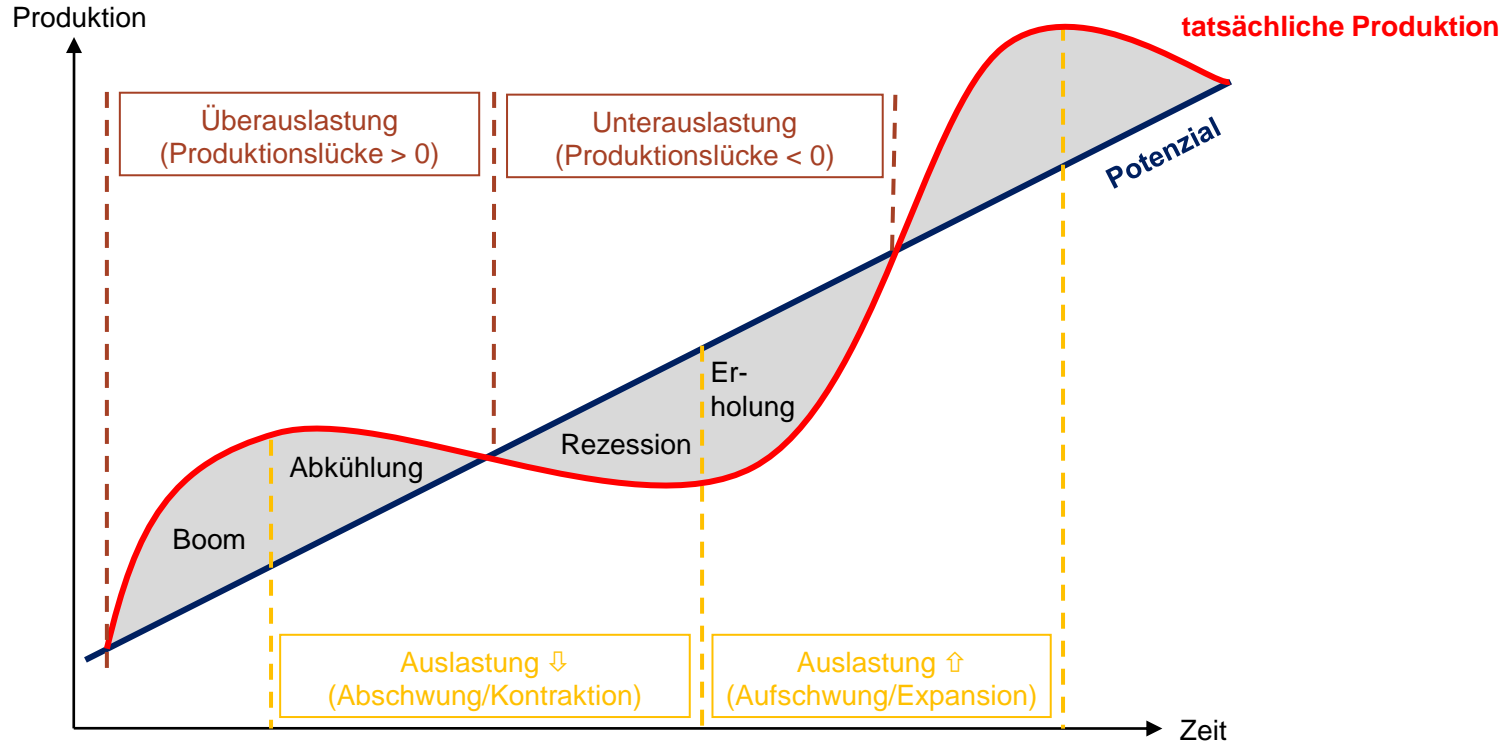
 @StefanKooths

  @kielinstitute

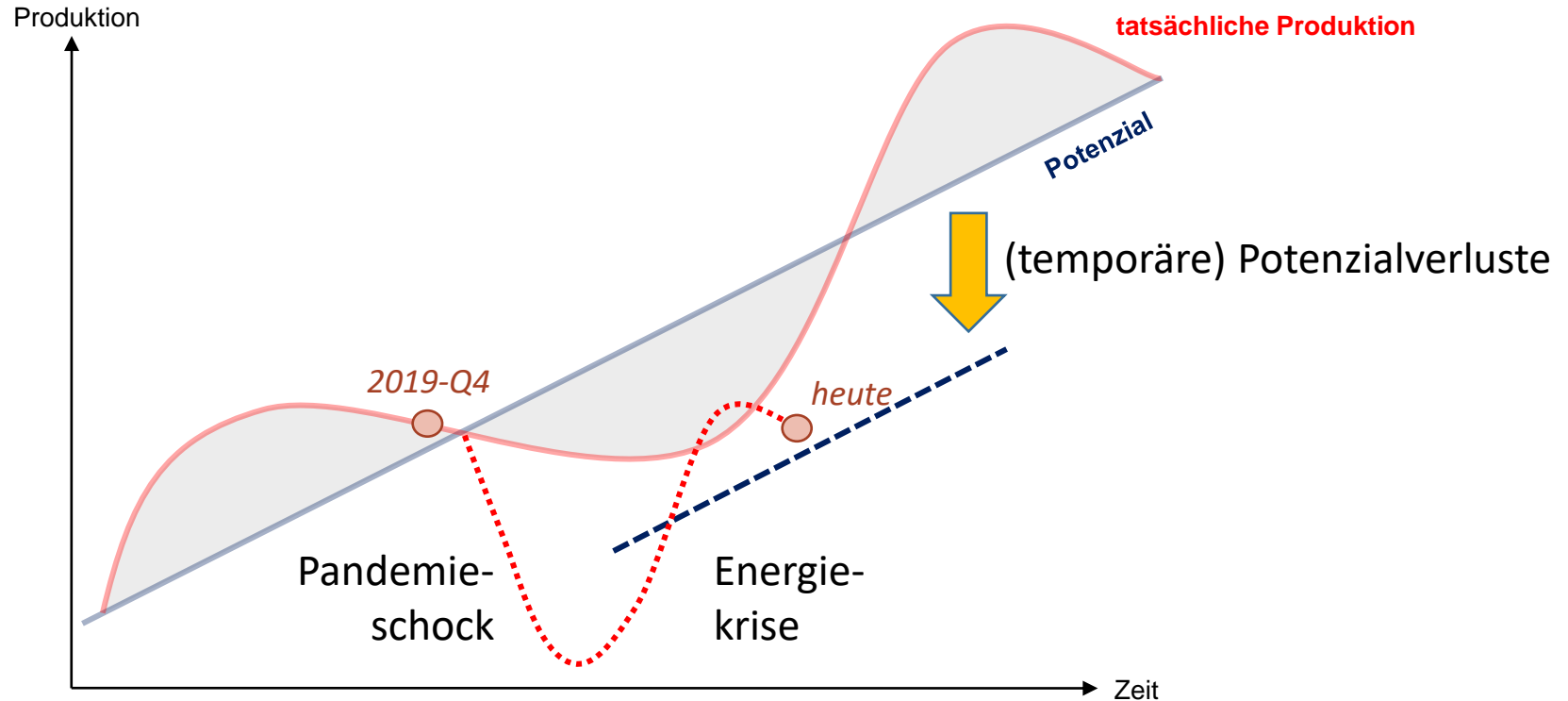
www.ifw-kiel.de



Stilisiertes Konjunkturzyklus



Gehemmte Erholung: Das stilisierte Bild



Stefan Kooths

Strategie statt Subventionen

Noch bevor sich die deutsche Wirtschaft von den Folgen des Corona-Schocks vollständig erholt hat,

löst der Energiepreisschock nach dem russischen Überfall auf die

Ukraine nun hierzulande die nächste makroökonomische

Großkrise aus. Der Wertschöpfungsausfall beläuft sich im

jeweils akuten Krisenzeitraum in ähnlichen Größenordnungen.

Drückte die Pandemie in den Jahren 2020/2021 die Wirtschaftsleistung

schätzungsweise um 270 Mrd. Euro, so dürfte die Energiekrise al-

lein in den Jahren 2022/2023 mit 225 Mrd. Euro zu Buche schlagen.¹

Während der Coronakrise wurde mit dem »Kie-

ler Modell für betriebliche Stabilisierungshilfen« ein

Vorschlag für eine weitreichende Unterstützung des Unternehmenssektors vorgelegt, um auf die damalige

makroökonomische Notlage zweckmäßig zu reagieren (Kooths und Felbermayr 2020; Felbermayr und Kooths 2020). Ziel war es, die marktfähige Substanz der deut-

¹ Die Angaben beziehen sich auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (verkettete Volumenwerte). Sie beziffern die Differenz der Herbstprognosen der Gemeinschaftsdiagnose aus den jeweiligen Vorkrisenjahren 2019 und 2021 gegenüber der tatsächlichen Entwicklung bzw. der Prognose im jüngsten Herbstgutachten. (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2019; 2021; 2022).



Prof. Dr. Stefan Kooths

ist Vizepräsident des IfW Kiel und Direktor des Forschungszentrums »Konjunktur und Wachstum«.